

Günzburger Zeitung

EINE ZEITUNG DER AUGSBURGER ALLGEMEINEN



Karin, die Dritte

Eine Unternehmerin wird Bayerns First Lady. Wer ist diese Frau Söder?
Meinung & Dialog

Warum nicht mal Wild?
So bringen auch Einsteiger Reh,
Hirsch und Wildschwein auf den Tisch
Geld & Leben

Wechselhaft
Teils Regen, teils
etwas Sonne, 6 Grad
Wetter



MONTAG, 11. DEZEMBER 2017 NR. 284 | 73. JAHRGANG

www.guenzburger-zeitung.de

PREIS € 1,80

Union und SPD vor erstem Treffen weit auseinander

GroKo Mögliche Koalitionspartner beharren auf Positionen. CDU: Machen es zur Not allein. Seehofer: „Mich drängt es nicht nach Berlin“

Berlin Vor ersten Gesprächen über die Möglichkeit einer erneuten Großen Koalition an diesem Mittwoch prallen die unterschiedlichen Vorstellungen von Union und SPD aufeinander. So erteilten mehrere Unionspolitiker der Forderung der Sozialdemokraten nach einer Bürgerversicherung eine klare Absage. Eine neue „GroKo“ könne nur gelingen, „wenn wir uns der Unzufriedenheit bei den Themen innere Sicherheit, Migration und Integration stellen“, sagte CDU-Präsidentenmitglied Jens Spahn der *Bild am Sonntag*. Er fügte mit Blick auf die SPD hinzu, er finde es abenteuerlich, „wie scheu diese Partei die Regierungsverantwortung umtanzt“.

Spahn sprach sich für eine Minderheitsregierung aus, sollten die Gespräche scheitern. „Wenn es mit der SPD gar nicht geht, machen wir es eben alleine.“ Mit Blick auf die Rolle der AfD bei einer möglichen Minderheitsregierung sagte er: „Idealerweise finden wir Mehrheiten für unsere Vorhaben auch jenseits der AfD.“ Ausschließen wollte er das Gegenteil aber nicht.

SPD-Vize Ralf Stegner warnte die Union vor roten Linien. „Das ist nicht schlau“, sagte er dem *Tagespiegel*. Ein SPD-Parteitag hatte sich zuvor für ergebnisoffene Gespräche über eine Regierungsbildung ausgesprochen. Rote Linien haben die Sozialdemokraten dabei zwar nicht gezogen, aber elf Kernthemen für eine mögliche Koalition aufgestellt. Dazu zählen die von der Union abgelehnte Wiedereinsetzung des Familiennachzugs für bestimmte Flüchtlingsgruppen, eine Solidarrente sowie eine Bürgerversicherung. Am Mittwoch starten erste Gespräche der Spitzen von Union und SPD – neben einer Großen Koalition sind eine Unions-Minderheitsregierung und Neuwahlen Optionen.

CSU-Chef Horst Seehofer erklärte, eine Bürgerversicherung, wie sie die SPD fordere, werde es mit seiner Partei nicht geben. „Ich sehe nicht,

wie man sie so umsetzen kann, dass sie nicht für große Ungerechtigkeiten sorgt“, sagte er dem *Spiegel*. Zugleich deutete Seehofer an, nicht als Bundesminister nach Berlin gehen zu wollen. „Das ist nicht unbedingt Teil meiner Lebensplanung“, sagte er dem Nachrichtenmagazin. Er wolle einen Beitrag dazu leisten, dass eine neue Regierung zustande kommt. Was danach komme, könne er nicht sagen. „Mich drängt es nicht mehr in Ämter“, betonte Seehofer. „Ich will nicht ewig den Liberospieler spielen. Ich kann auch loslassen.“

Nach Einschätzung der CDU könnten förmliche Sondierungsverhandlungen Anfang Januar starten. Bundesinnenminister Thomas de Maizière rechnet im Falle einer Großen Koalition mit einer späten Regierungsbildung. „Wenn ich den Zeitplan der SPD zugrunde lege – erst Sondierungen, dann Parteitag, dann Verhandlungen, dann Mitgliederentscheid –, reden wir für den Fall einer Einigung über eine Regierungsbildung wohl nicht vor März“, sagte der CDU-Politiker.

Welche kontroversen „Knackpunkte“ es in den Verhandlungen zwischen Union und SPD gibt, lesen Sie auf der *Politik*. (dpa)

Der GroKo-Fahrplan

So geht es in den nächsten Wochen weiter.

- **Heute** tagen die Bundestagsfraktionen von Union und SPD.
- **Am Mittwoch** gibt es ein erstes Spitzengespräch zwischen Union und SPD. Am Tisch: die Parteichefs von CDU, CSU und SPD sowie mutmaßlich die Fraktionschefs.
- **Am 15. Dezember** tagt die SPD-Führung und bewertet das Treffen.
- **15./16. Dezember** CSU-Parteitag in Nürnberg.
- **Januar** Ein SPD-Sonderparteitag könnte über den Start von Koalitionsverhandlungen entscheiden. (afp)

Jerusalem weiter im Brennpunkt

Jerusalem Die Proteste gegen die Jerusalem-Entscheidung von US-Präsident Donald Trump werden schärfer: Der türkische Präsident Erdogan bezeichnete Israel als „terroristischen Staat“, der „Kinder tötet“. Papst Franziskus nannte es „absolut notwendig“, den derzeitigen Status von Jerusalem zu erhalten. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu warf den Europäern wegen ihrer Kritik an der US-Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels „Scheinheiligkeit“ vor. Weltweit dauerten die Demonstrationen gegen Trumps Entscheidung an. Die Arabische Liga will den UN-Sicherheitsrat anrufen. Mehr zu den Protesten und Trumps Motiven in der *Politik*. Im *Leitartikel* meint Rudi Wais, Jerusalem könne Hauptstadt von zwei Staaten sein. (afp, AZ)

Königsklasse knapp verpasst

Fußball Ein verrückter Spieltag verwehrt dem FCA den großen Sprung

VON ANTON SCHWANKHART

Augsburg Es ist noch nicht lange her, dass selbst anerkannte Fußball-Experten ein Katsche-Schwarzenbeck-Autogramm aus dem Jahr 1969 auf den Niedergang des FC Augsburg gewettet hatten. Und dann standen die Augsburger gestern Abend mit zwei Beinen auf einem Champions-League-Rang, ehe der Hertha in der Nachspielzeit noch der gnadenreiche 1:1-Ausgleich gelang, der den FCA auf den noch immer respektablen Platz sieben zurückstufte.

Es war der bedauerliche Abschluss eines Bundesliga-Spieltages voller Rätsel. Man stelle sich vor: Der Betriebsleiter einer Bäckerei wird entlassen, weil sein Laden ra-

sant gegen die Wand fährt. Kaum sitzt er zu Hause, verpflichtet ihn ein international denkender Großkonzern. Genau so war es im Fall des ehemaligen Kölner Trainers Peter Stöger. Der Österreicher hat in dieser Saison nichts geba- cken bekommen. Die Dortmund haben ihn trotzdem von jener Straße geholt, auf die sie Stunden zuvor Peter Bosz geschickt hatten. Der Holländer war nach der 1:2-Heimleite gegen Bremen nicht mehr zu halten gewesen. Nun soll Stöger in Dortmund schaffen, was ihm schon in Köln nicht gelungen



ist. Immer rätselhafter entwickelt sich auch der Videobeweis. Die Frage, wie weit die Schiedsrichter die Filme zurückschleppen, bis sie einen Irrtum entdecken, ist noch nicht abschließend beantwortet. Da ist dem FC Bayern zu danken, der anderenorts für Klarheit sorgt. Die Münchner sind wieder Herbstmeister und haben damit den Titel praktisch sicher – was aber kaum noch jemandem juckt. Interessanter ist die Frage, was Jupp Heynckes mit den Bayern in der Champions League schafft, dort wo am Ende dieser rätselfaften Saison vielleicht auch noch die Augsburger landen. Weitere Hinweise dazu heute. Um 12 Uhr werden die Achtelfinals ausgelost. Mehr dazu im

Einkaufssamstag?



Frankreich zelebriert den Abschied von einem König

Man wünscht ihm ein langes Leben, fragt sich aber, wie viele Menschen wohl bei uns die Straßen säumten, trüge man unsere Rock-'n'-Roll-Legende Peter Kraus, 78, zu Grabe. 1700? An einem sonnigen Einkaufssamstag vor Weihnachten? Neben in Frankreich waren es etwa eine Million, die in Paris Abschied nahmen von ihrem Nationalhelden, ihrem „König des Rock 'n' Roll“, Johnny Hallyday. Solches

Trauerspalier gab es dort zuletzt bei Edith Piaf (1963) und Victor Hugo (1885). Mehr dazu auf *Panorama*. Eine andere französische Institution, Peugeot, soll ein Stück Deutschland retten. Wie, steht auf der *Wirtschaft*. Und auch französische Intellektuelle (z.B. Didier Eribon) sind unter den prominenten Unterzeichnern, die Freiheit für den in der Türkei inhaftierten Deniz Yücel fordern – siehe *Politik*. Foto: P. Kovarik, afp

VW-Chef auf Distanz zu Diesel-Privileg

Autoindustrie Müller möchte stattdessen Anreize für Elektroautos

Wolfsburg Erstmals zieht mit VW-Konzernchef Matthias Müller ein deutscher Top-Automanager die bestehenden Steuervorteile für Dieselsprit in Zweifel. „Ich bin mittlerweile davon überzeugt, dass wir Sinn und Zweck der Dieselsubventionen hinterfragen sollten“, sagte Müller dem *Handelsblatt*.

„Wenn der Umstieg auf umweltschonende E-Autos gelingen soll, kann der Verbrennungsmotor Diesel nicht auf alle Zeiten weiter wie

bisher subventioniert werden.“ Fachleute und Umweltexperten hatten sich ebenfalls gegen dieses milliardenschwere Diesel-Privileg gewandt. Konkret schlug Müller eine schrittweise Umschichtung vor. „Das Geld könnte sinnvoller in die Förderung umweltschonender Antriebstechniken investiert werden. Abstriche bei den Diesel-Subventionen, dafür Anreize für Elektroautos, wären das richtige Signal. Das würden wir aushalten, ohne

gleich Existenzängste haben zu müssen.“ Müller betonte aber, dass die bisherigen Subventionen den Absatz von Diesel-Fahrzeugen in Deutschland erheblich erleichterten und sich alle an diese Steuernachlässe gewöhnt hätten. Gleichwohl solle „die Autoindustrie diese Diskussion proaktiv mit der Politik führen“, damit der Systemwechsel zur E-Mobilität gelinge. Müllers überraschenden Vorstoß bewertet Michael Kerler im *Kommentar*. (dpa)

Theologen streiten über das Vaterunser

Rom In der vom Papst angestoßenen Debatte um die Formulierung des Vaterunsers erkennt der Theologe Franz Alt eine „geistige Revolution“. Er sei überzeugt, dass „die Hälfte der Jesusworte, so wie sie in unseren Bibeln stehen, falsch übersetzt oder gar bewusste Fälschungen sind“, sagte Alt der *Bild am Sonntag*. Im selben Blatt erklärte hingegen die evangelische Theologin Margot Käffmann: „Ich bin dafür, das Vaterunser zu belassen, wie es ist. Es geht wohl wirklich auf Jesus selbst zurück.“ Papst Franziskus hatte den Passus „und führe uns nicht in Versuchung“ kritisiert. Er begrüßt die Neuformulierung der französischen Kirche. Dort wird gebetet: „Lass uns nicht in die Versuchung eintreten“. Mehr zum Streit um das Vaterunser lesen Sie auf *Panorama*. (kna, epd)

Blickpunkt Lokales

Reicht künftig ein Pfarrgemeinderat?

In Breitenenthal sollte nur noch ein Pfarrgemeinderat für die gesamte Pfarreiengemeinschaft gewählt werden. »Seite 29

Kommentar

VW hat eigene Interessen

VON MICHAEL KERLER
mke@augsbu-ger-allgemeine.de

Volkswagen-Chef Matthias Müller ist nicht über Nacht zum selbstlosen Umweltschützer geworden. Sein Vorstoß, Diesel nicht mehr steuerlich zu begünstigen und die Fahrt in die Städte an eine blaue Umweltpaket zu knüpfen, lässt sich mit den Eigeninteressen seines Unternehmens erklären. VW investiert in den nächsten Jahren über 34 Milliarden Euro in Elektroautos und neue Mobilitätskonzepte. Bis 2025 will der Konzern rund 50 E-Auto-Modelle auf den Markt bringen. Grund ist vor allem die anstehende E-Auto-Quote in China – wichtigster Einzelmarkt für VW. Zusätzlicher Schub für das E-Auto in Deutschland und größere Förderungen kämen da gerade recht.

Eine Abschaffung des Diesel-Rabatts von heute auf morgen wäre sicher falsch: Diesel-Fahrer zahlen mehr Kfz-Steuer, sodass sich ihre Autos erst ab einer gewissen Jahresfahrleistung lohnen. Zudem haben viele Diesel-Fans ihre Fahrzeuge im Vertrauen auf das geltende Steuerrecht gekauft.

Doch in einem hat Müller recht: Das bisherige Steuersystem sollte auf mittlere Sicht überprüft werden. Denn der Diesel lässt sich anscheinend nur mit größter Mühe sauber bekommen. Und das Klimagas CO₂ stoßen auch Benziner aus.

Heute in Ihrer Zeitung

Habeck will Grüne führen

Personaldebatte bei den Grünen: Schleswig-Holsteins Umweltminister Robert Habeck will Parteichef Cem Özdemir ablösen. Auch die Abgeordnete Annalena Baerbock will kandidieren. »Politik

Das Geheimnis der Alten

In einer neuen Studie mit dem Titel „Die munteren 90-Jährigen“ lüften Forscher das Geheimnis von Hochbetagten, die allein in ihren eigenen vier Wänden leben und zufrieden sind. Besonders wichtig: Bewegung. Mehr dazu auf »Bayern

Kontakt

Abo-Service Tel. (08221) 917-170
abo@guenzburger-zeitung.de

Anzeigen Tel. (08221) 917-80
Fax (08221) 917-27
anzeigen@guenzburger-zeitung.de

Redaktion Tel. (08221) 917-40
Fax (08221) 917-51
redaktion@guenzburger-zeitung.de



4 190336 401803

1 005 0